Ä2 Eine nachhaltige Bodenpolitik der Kommunen, Kreise und des Landes Brandenburg

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg
Beschlussdatum: 11.04.2018

Änderungsantrag zu V4

Nach Zeile 39 einfügen:

5. Brandenburger Kommunen sollen ihre Handlungsspielräume im Rahmen des Baugesetzbuches künftig besser nutzen. Liegenschaften sollen bei groben Verstößen gegen die, im Grundgesetz in Artikel 14 festgehaltene Gemeinwohlorientierung von Eigentum, durch Kommunen vergesellschaftet werden. In entsprechenden Prozessen soll es unter aktiver Bürger*innenbeteiligung zu nonkommerzieller Umwidmung kommen. Hierfür fordern wir außerdem die Stärkung der Kompetenzen der Kommunen in dieser Frage durch neue Bundesgesetze.

Begründung

Erfolgt mündlich